

Straßenausbaubeiträge und Grundsteuer als Thema



Fotos: CCO, Kreide, EF

Wer in Göttingen Grund besitzt, muss sich mit zum Teil erheblichen Kosten an der Sanierung der an das eigene Grundstück angrenzenden Straßen beteiligen.

Der H+G-Vorsitzende Dr. Dieter Hildebrandt (r.) begrüßte im Namen des Vereins auch in diesem Jahr wieder viele Göttinger Ratspolitikerinnen und Ratspolitiker zum Parlamentarischen Abend.

Parlamentarischer Abend im April

Der H + G Göttingen e.V., die Vereinigung der Göttinger Haus- und Grundstückseigentümer, hatte im April erneut zu seinem traditionellen Parlamentarischen Abend geladen. Rund 20 Ratsmitglieder waren der Einladung ins Holborn'sche Haus gefolgt. Thema in diesem Jahr war die Straßenausbaubeitragssatzung. Sie führt dazu, dass Eigentümer der angrenzenden Grundstücke mit zur Kasse gebeten werden, wenn in Göttingen eine Straße saniert wird. Der H + G-Vorsitzende Dr. Dieter Hildebrandt wies darauf hin, dass Anlieger dafür teilweise beträchtliche Beiträge aufbringen müssten. Diese lägen bisweilen im hohen fünfstelligen Bereich. Insbesondere junge Familien oder ältere Immobilieneigentümer könnten das oft nicht leisten. Für die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sprach sich FDP-Ratsfrau Felicitas Oldenburg aus. Ihre Fraktion hatte bereits einen Antrag mit demselben Tenor im Rat eingebracht. „Ein mündiger Eigentümer sollte beizeiten Geld zur Seite legen“, sagte demgegenüber Ulrich Holefleisch von den Grünen. Viele Immobilienbesitzer hätten in den vergangenen 20 Jahren schließlich davon profitiert, dass der Wert ihres Hauses

immer weiter gestiegen sei. Dass es Verbesserungspotenzial am Satzungstext gibt, war über Parteigrenzen hinweg Konsens. So hängt die Höhe der Beiträge für die Anwohner zum Beispiel davon ab, ob die Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich umgewandelt wird oder nicht. Und auch die Wichtigkeit frühzeitiger Information wurde in der Diskussion deutlich: Anwohner müssten rechtzeitig wissen, welche Kosten auf sie zukommen, damit sie vorsorgen können.

Jahreshauptversammlung am 20. Juni
Am 20. Juni lädt der H+G Göttingen e.V. zu seiner Jahreshauptversammlung. In diesem Rahmen wird es um 20 Uhr einen Vortrag des CDU-Politikers Fritz Güntzler geben. Der Göttinger Steuerexperte ist als Mitglied des deutschen Bundestages



Steuerpolitik-Experte
Fritz Güntzler

und Mitglied im Finanzausschuss maßgeblich an der Gestaltung der Grundsteuerreform beteiligt. Als zuständiger Berichterstatter seiner

Fraktion führt er die Gespräche zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hat im Urteil vom 10. April 2018 die Regelungen des Bewertungsgesetzes zur Einheitsbewertung von Grundvermögen als verfassungswidrig bezeichnet. In dem Urteil wurde dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2019 zur Verabschiedung einer Neuregelung gesetzt.

In seinem Vortrag wird Fritz Güntzler auf den Inhalt des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und seine Bedeutung eingehen und eine Einschätzung zu einer verfassungsgemäßen Neuregelung geben. Es werden im Moment verschiedene Reformüberlegungen diskutiert. Güntzler wird die wichtigsten Modelle vorstellen und seine Ansicht dazu erläutern, wie sich die Umsetzung der Reform am Koalitionsvertrag orientieren kann: Im Koalitionsvertrag heißt es, dass die Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen auf Dauer sicherzustellen ist. ■

Die Jahreshauptversammlung findet statt im ASC-Clubhaus, Danziger Straße 21, 37083 Göttingen. Gäste sind willkommen!